

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Anrufung des Vermittlungsausschusses

Schreiben des Bundeskanzlers vom 16. Mai 2001 – 022 (132) – 200 20 – Sta 89/01 – an den Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses – mit Abdruck an den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 6. April 2001 verabschiedeten

Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

